

Populismus

Ein Reader

Herausgegeben von

Kolja Möller

suhrkamp taschenbuch

wissenschaft

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 2340

»Wir«, das »Volk«, gegen »die da oben«? Kaum ein Thema wird gegenwärtig so kontrovers diskutiert wie der Populismus. Die einen warnen vor dessen Gefahren für die liberale Demokratie, die anderen halten ihn für den konsequenten Ausdruck demokratischer Volkssouveränität. In den Sozialwissenschaften findet schon seit Jahrzehnten Populismusforschung statt: in der Soziologie und Politikwissenschaft, in der Sozialpsychologie und der Kulturforschung. Der Band versammelt Schlüsseltexte dieser Diskussion, u. a. von Antonio Gramsci, Leo Löwenthal, Franz Neumann, Isaiah Berlin, Ernesto Laclau, Stuart Hall, Ralf Dahrendorf, Jan-Werner Müller, Chantal Mouffe, Cas Mudde, Philip Manow und Karin Priester, und bietet eine umfassende Einführung in den Forschungsstand zu dieser hochaktuellen Debatte.

Kolja Möller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft, TU Dresden.

Populismus

Ein Reader

Herausgegeben
von Kolja Möller

Suhrkamp

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2340

Erste Auflage 2022

© Suhrkamp Verlag Berlin 2021

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlag nach Entwürfen

von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

Druck und Bindung: C. H. Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-29940-1

Inhalt

Kolja Möller

Der Populismus als Forschungsgegenstand
in Politik- und Sozialwissenschaft 7

1. *Antonio Gramsci*

Kampf um die politischen Hegemonien 53
(1932-1933)

2. *Leo Löwenthal*

Falsche Propheten 66
(1949)

3. *Franz Neumann*

Angst und Politik 86
(1954)

4. *Isaiah Berlin*

Den Populismus definieren 122
(1967)

5. *Ernesto Laclau*

Populistischer Bruch und Diskurs 133
(1979)

6. *Stuart Hall*

Popular-demokratischer oder
autoritärer Populismus 144
(1982)

7. *Ralf Dahrendorf*

Acht Anmerkungen zum Populismus 167
(2003)

8. *Cas Mudde*

Der populistische Zeitgeist 175
(2004)

9. <i>Karin Priester</i> Wesensmerkmale des Populismus (2012)	202
10. <i>Jan-Werner Müller</i> Was ist Populismus? (2016)	216
11. <i>Philip Manow</i> Der Populismus und die Politische Ökonomie der Globalisierung (2018)	253
12. <i>Chantal Mouffe</i> Für einen linken Populismus (2018)	286
13. <i>Wilhelm Heitmeyer</i> Autoritärer Nationalradikalismus (2018)	300
14. <i>Armin Schäfer, Michael Zürn</i> Die Krise der Repräsentation und die entfremdete Demokratie (2021)	329
Textnachweise	368

Der Populismus als Forschungsgegenstand in Politik- und Sozialwissenschaft¹

Das Volk gegen die Eliten – das ist eine Grundunterscheidung, die sich im politischen Leben der letzten Jahre zunehmend verbreitet hat. Insbesondere Bewegungen, die an ein nationales Volk appellieren, haben ihren Einfluss gesteigert. Unter Slogans wie »Taking Back Control« (Brexit), »Make America Great Again« (Trump) oder »Pour que vive la démocratie« (Rassemblement National) beanspruchen sie, »im Namen des Volkes« zu sprechen. Sie fordern Selbstbestimmung ein oder inszenieren sich als querdenkende Opposition, die vorgibt, eine Alternative zu den bestehenden Funktionsebenen bereitzuhalten. Damit waren sie durchaus erfolgreich und es gelang ihnen, öffentliche Ämter zu vereinnahmen. In vielen Ländern haben die jeweiligen Bewegungen sogar einen grundsätzlichen Verfassungswandel eingeleitet und die rechtlich-politischen Grundordnungen verändert. So wurden in der Türkei oder den Visegrád-Staaten in Osteuropa weitreichende Eingriffe in die Verfassungen vorgenommen, die Freiheits- und Oppositionsrechte einschränken.

Diese Entwicklungen können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Politik, die das Volk gegen »die da oben« oder die »Eliten« mobilisiert, nicht alleine auf den neueren Rechtspopulismus zu beschränken ist. Wenn bestehende Machtverteilungen in Staat und Gesellschaft erodieren, sind in der Regel auch Gegenkreisläufe zu beobachten, die sich ebenso auf die Unterscheidung zwischen Volk und den Eliten stützen. Die sozialwissenschaftliche Forschung beobachtet schon lange (neo-)liberale, linke oder zentristische Populismen:² Sie klagen die ökonomisch Mächtigen im

1 Ich danke Philipp Hölzing für hilfreiche Anmerkungen und Kommentare.

2 Vgl. etwa die Studien: Margaret Canovan, *Populism*, New York/London 1981; Guy Hermet, *Les Populismes dans le monde. Une histoire sociologique (XIX^e-XX^e siècle)*, Paris 2001; Michael Kazin, *The Populist Persuasion. An American History*, Ithaca/London 1995; Kolja Möller, *Volksaufstand und Katzenjammer. Zur Geschichte des Populismus*, Berlin 2020; Karin Priester, *Rechter und linker Populismus. Annäherung*

Namen eines inklusiven Volks der Arbeit an (Linkspopulismus), begehren gegen staatliche Regulierungen im Namen der Eigeninitiative eines liberalen Volkes der Selbstunternehmer auf (neoliberaler Populismus) oder wollen einen gemäßigten »gesunden Menschenverstand« gegen die Streitlust rechter und linker Berufspolitiker durchsetzen (populistischer Zentrismus). Auch in unserer Gegenwart sind inklusiv-demokratisch und (neo-)liberal ausgerichtete Spielarten populistischer Politik zu beobachten. So hat sich von Lateinamerika bis hin zu den jüngeren Entwicklungen bei den US-Demokraten und neo-sozialdemokratischen Parteiprojekten in Europa wie Syriza (Griechenland) oder Podemos (Spanien) ein distinkter Linkspopulismus verbreitet.³ Er richtet sich gegen die »casta« der neoliberalen Politik und betrachtet ein inklusives Volk der Vielen als seine soziale Basis. Oft wird übersehen, dass auch das politische Zentrum ins populistische Fahrwasser geraten ist. Ein besonders schillerndes Beispiel war die Bewegung des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, »La république en marche«. Sein Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2017 speiste sich maßgeblich daraus, dass er sich von den bestehenden Parteiliten des Parti Socialiste und den Zentrumsparteien löste. Macrons Kritik galt vor allem den vermittelnden Institutionen der französischen Verwaltung – den »corps intermédiaires«. Macron beklagte, dass die Republik von den vermittelnden Institutionen beherrscht sei, und spitzte dies deutlich zu: »Wenn es Populismus ist, das Gespräch mit dem Volk zu suchen oder zu sagen, dass die corps intermédiaires nicht mehr ihrer Rolle gerecht werden, dann bin ich gerne Populist!«⁴

an ein Chamäleon, Frankfurt/New York 2012; Dirk Jörke/Veith Selk, *Theorien des Populismus zur Einführung*, Hamburg 2017; Hans Vorländer, »The Good, the Bad, and the Ugly. Über das Verhältnis von Populismus und Demokratie - Eine Skizze«, in: *Totalitarianism and Democracy* 2 (2011), S. 185-194.

3 Oscar García Agustín/Marco Briziarelli (Hg.), *Podemos and the New Political Cycle: Left-Wing Populism and Anti-Establishment Politics* Cham 2017; Yannis Stavrakakis/Giorgos Katsambekis, »Left-Wing Populism in the European Periphery: the Case of SYRIZA«, in: *Journal of Political Ideologies* 2 (2014), S. 119-142; Inigo Errejón/Chantal Mouffe, *Construir pueblo. Hegemonía y radicalización de la democracia*, Barcelona 2015.

4 Das Interview ist dokumentiert bei Eric Fottorino, *Macron par Macron*, Paris 2017, S. 42; vgl. auch die Beobachtung, dass die Republik von einem »Spielnetz« von Apparaten beherrscht sei: Emmanuel Macron, *Révolution. Réconcilier la France*, Paris 2017, S. 43f.

Zwar bildet er bis heute den Gegenpart zum Rassemblement National um Marine Le Pen, doch er folgte im Präsidentschaftswahlkampf deutlich der Unterscheidung zwischen Volk und Elite und beanspruchte als Präsident die Ordnung als Ganzes zu verkörpern.

An diesen Beobachtungen wird schon deutlich, dass sich die Frage nach der Volkssouveränität – und damit der Anspruch, kollektive Kontrolle und Gestaltungsmacht über das Gemeinwesen auszuüben – insgesamt wieder zu einer Kardinalfrage entwickelt hat.⁵ Nachdem sich seit den 1990er Jahren die spezifisch westliche Kombination aus kapitalistischem Markt, liberaler Rechtsstaatlichkeit und übergreifenden inter- und transnationalen Institutionen weltweit verallgemeinerte, sind heute massive Brüche und Krisentendenzen beobachtbar. Sie bilden den Nährboden für den Aufstieg populistischer Politikformen.⁶ Wir sind Zeitgenossen einer Konstellation, in der nicht nur um Inhalte gerungen wird, sondern verstärkt darum, wie die grundsätzliche Machtverteilung in Politik und Gesellschaft ausgestaltet ist und wer nun die fundierende Einheit – das »Volk« – sein soll, die Souveränität für sich beanspruchen darf. Insofern scheint eine systematische Betrachtung des Populismus geboten, die analysiert, worin seine charakteristischen Merkmale bestehen, wie er entsteht und sich in der Folge gesellschaftlich auswirkt. Die Populismusforschung in den Politik- und Sozialwissenschaften geht schon seit längerer Zeit diesen Fragen nach.⁷ Sie erlebt gegenwärtig einen wahren Boom: Die politische Soziologie und die Parteienforschung untersuchen die Wahlerfolge populistischer Parteien; die politische Theorie erörtert, in welchem Verhältnis der Populismus zur repräsentativen Demokratie steht; die Verfassungs- und Staatslehre beobachtet, wie sich konstitutionelle Ordnungen verändern; die Medien- und Kulturwissenschaften be-

5 Grundlegend zum Problem der Volkssouveränität: Friedrich Müller, *Wer ist das Volk?*, Berlin 1997; Ingeborg Maus, *Über Volkssouveränität: Elemente einer Demokratietheorie*, Berlin 2011; Pierre Rosanvallon, *Le Peuple Introuvable. Histoire de la Représentation Démocratique en France*, Paris 1998.

6 Vgl. etwa im Hinblick auf das internationale Recht: Ann Orford, »International Law and the Populist Moment«, in: *American University International Law Review* 3 (2020), S. 427-443.

7 Einen konzisen Überblick geben: Cristóbal Rovira Kaltwasser u. a., »Populism: An Overview of the Concept and the State of the Art«, in: Cristóbal Rovira Kaltwasser u. a. (Hg.), *The Oxford Handbook of Populism*, New York 2017, S. 1-24; Carlos De la Torre (Hg.), *Handbook of Global Populism*, London/New York 2019.

schäftigen sich mit dem Strukturwandel der Öffentlichkeit durch Social Media als entscheidenden Faktor für die jüngeren Entwicklungen.⁸ Die Forschungslandschaft differenziert sich immer weiter aus. Sie analysiert Populismus als Stil, als Ideologie, als Diskurs, als Strategie usw. und erschließt immer wieder neue Facetten des Phänomens.

Der vorliegende Band will einen Einstieg in diesen Diskussionsstand geben, indem er problemorientiert vorgeht. Die ausgewählten Schlüsseltexte aus Politik- und Sozialwissenschaft, die hier versammelt sind, versuchen genauer zu bestimmen, was eine Politik zu einer populistischen macht. Dies ist nämlich nicht das vereinfachende Sprechen oder ein gewisser Opportunismus im Hinblick auf vermutete Stimmungen in der Bevölkerung. Schließlich ist jede Politik darauf angewiesen, zu vereinfachen. Es gehört zu den

8 Vgl. für die Parteienforschung: Frank Decker, »Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven«, in: Frank Decker (Hg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 9-32; Pippa Norris/Ronald Inglehart, *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge 2019; Floris Biskamp, »A Great Variety of Transformations – And Populism«, in: *Culture, Practice & Europeanization* 1 (2019), S. 92-102; Nicole Berbuir u. a., »The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?«, in: *German Politics* 2 (2015), S. 154-178; für die politische Theorie: Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2016; Nadia Urbinati, *Democracy Disfigured: Opinion, Truth, and the People*, Cambridge 2014; John P. McCormick, »Machiavellian Democracy: Controlling Elites with Ferocious Populism«, in: *The American Political Science Review* 2 (2001), S. 297-313; Camila Vergara, »Populism as Plebeian Politics: Inequality, Domination, and Popular Empowerment«, in: *Journal of Political Philosophy* 2 (2020), S. 222-246; Victor Kempf, »Is there another People? Populism, Radical Democracy and Immanent Critique«, in: *Philosophy & Social Criticism* 3 (2021), S. 283-303; Andreas Oldenbourg, *Wer ist das Volk? Eine republikanische Theorie der Sezession*, Frankfurt 2019; für die Verfassungs- und Staatslehre: Ann Orford, »International Law and the Populist Moment«, in: *American University International Law Review* 3 (2020), S. 427-443; Paul Blokker, »Populism as a Constitutional Project«, in: *Journal of International Constitutional Law* 2 (2019), S. 536-553; Anna Fruhstorfer/Verena Frick, »Demokratischer und autoritärer Konstitutionalismus – wie exklusiv ist die westliche Verfassungstradition?«, in: *Zeitschrift für Politik* 4 (2019), S. 384-397; Benno Zabel, »Das Volk oder die totemistische Maske der Demokratie«, in: Jochen Bung/Milan Kuhli (Hg.), *Volk als Konzept in Recht und Politik*, Boston 2019, S. 33-62; für den Wandel der Öffentlichkeit: Sabine Müller-Mall/Jan-Philipp Kruse (Hg.), *Digitale Transformationen der Öffentlichkeit*, Weilerswist 2020.

zentralen Funktionen des politischen Systems, die Komplexität der Gesellschaft zu reduzieren und sie so in den Konflikt zwischen Regierung und Opposition zu überführen. Gleichmaßen gehört es auch zu den zentralen Tugenden politischer Führung, die in den Massenmedien und heute in den sozialen Medien regelmäßig belohnt wird, die Gefühle der Menschen anzusprechen oder sich den neuesten Umfragen anzuschmiegen. Diesen Umstand mag man entweder als irrational und kritikwürdig oder als gut und demokratisch bewerten, doch er trägt wenig dazu bei, den Populismus von anderen Spielarten der Politik abzugrenzen. Das kennzeichnende Merkmal populistischer Politik besteht vielmehr darin, dass sie für sich beansprucht, den Volkswillen gegen die Eliten zu vertreten, sie perspektivisch zu entmachten oder wenigstens damit zu drohen, um eine grundlegende Neuordnung der Machtverteilung herbeizuführen. So beobachtete der englische Philosoph Isaiah Berlin in einer frühen Diskussion zum Thema »To define populism«, dass der Populismus »den unzufriedenen Menschen entspringt, die das Gefühl haben, dass sie irgendwie die Mehrheit der Nation repräsentieren, die von der einen oder anderen Minderheit heruntergeputzt worden ist.«⁹ Insgesamt orientiert sich Populismusforschung an dieser Grundunterscheidung: Wenn von Populismus die Rede ist, wird damit eine Politikform bezeichnet, die sich auf die Unterscheidung zwischen Volk und Eliten bzw. einer »established structure of power« stützt.¹⁰ Darin ist allerdings ein internes Problem,

9 Isaiah Berlin u. a., »To define populism«, in: *Government and Opposition* 2 (1968), S. 137-179, 175, in diesem Band, S. 126. Berlin ist in der bisherigen Populismusdiskussion vor allem im Hinblick auf den von ihm apostrophierten »Aschenputtel-Komplex« herangezogen worden. Der Begriff des Populismus, so Berlin, sei unscharf und nie wirklich passend, er sei so wie der Schuh im Märchen zu Cinderella, entweder zu groß oder zu klein. In der Populismusforschung wird seitdem immer wieder darauf hingewiesen wie schwer, mühsam, komplex und unscharf ihr eigener Begriff sei. Im Grunde handelt es sich jedoch um Problemlagen, die auf alle zentralen politischen Begriffe zutreffen wie beispielsweise »Macht«, »Herrschaft«, »Demokratie« oder »Verfassung«.

10 Margaret Canovan, »Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy«, in: *Political Studies* 1 (1999), S. 2-16, 3; ähnlich: Catherine Colliot-Thélène, »Quel est le peuple du populisme?«, in: Catherine Colliot-Thélène/Florian Guénard (Hg.), *Peuples et Populismes*, Paris 2014, S. 5-25, 13; Hans-Jürgen Puhle, »Was ist Populismus?«, in: Helmut Dubiel (Hg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt am Main 1986, S. 12-32, 13; Ernesto Laclau, *Politik und Ideologie im*

ja ein Widerspruch angelegt: Einerseits wird das Volk als Widerstandsformel eingeführt, um die Eliten zu entmachten und das Gemeinwesen neu auszurichten. Andererseits öffnet sich damit aber auch die Büchse der Pandora. Denn wenn die Ordnung verhandelbar wird, wenn der Unmut politisiert und gebündelt wird, dann entsteht auch immer ein Einfallstor für identitäre Projekte und autoritäre Führung. Sie richten sich nicht nur darauf, die Eliten zu entmachten, sondern die Volksidentität gegen »Andere« verhärtend abzugrenzen. Wer dem Populismus in historischer Perspektive nachgeht, kann immer wieder beobachten, wie in populistischen Momenten zumeist beides auftritt: Eine Kritik der Macht und die Möglichkeit einer autoritären Transformation.¹¹

Insofern ist es kein Zufall, dass die Auswahl der Texte in diesem Band in den 1920er und 1930er Jahren einsetzt. Denn in dieser Zeit lässt sich besonders gut studieren, wie umkämpft solche populistischen Momente sind. Die demokratischen Revolutionen in der Zeit von 1917 bis 1920 hatten das erste Mal Verfassungen hervorgebracht, die sich auf das Prinzip der demokratischen Volkssouveränität beriefen und alle Bürger (auch Frauen) mit dem freien und gleichen Wahlrecht in die Gesetzgebung einbezogen.¹² Damit begann eine lebhaft Auseinandersetzung darüber, wer nun das Volk sei, das die Ordnung tragen sollte. Mit dem Eintritt der Massen in die Politik waren emanzipatorische Hoffnungen darauf verbunden, endlich eine Selbstregierung des Volkes einzuführen und sozialen Fortschritt zu erzielen. Allerdings betrat in dieser Zeit auch die

Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus, Berlin 1981, S. 144; ähnlich auch Mudde: »eine dünne Ideologie, die die Gesellschaft letztlich in zwei homogene und antagonistische Gruppen aufteilt, ›das unschuldige Volk‹ versus ›die korrupte Elite‹, und die behauptet, dass Politik ein Ausdruck der *volonté générale* (des allgemeinen Willens) des Volkes sein sollte« (Cas Mudde, »The Populist Zeitgeist«, in: *Government and Opposition* 4 (2004), S. 542–563, 543, in diesem Band, S. 178).

11 Zu diesem Schwanken: Kolja Möller, »Invocatio populi: Demokratischer und autoritärer Populismus«, in: Dirk Jörke/Oliver Nachtwey (Hg.), *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie? Die Krise der Repräsentation und neue populistische Herausforderungen (Leviathan-Sonderband)*, Baden-Baden 2018, S. 246–267.

12 Hauke Brunkhorst, *Critical Theory of Legal Revolutions*, London/New York 2014, S. 322. Chris Thornhill, *A Sociology of Constitutions: Constitutions and State Legitimacy in Historical-Sociological Perspective*, Cambridge 2011, S. 293 ff.; zur Rolle der russischen Revolution in diesem Prozess: Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2003, S. 78 ff.

Gegenmöglichkeit die Bühne der Geschichte. Die Massenmedien, neuartige Verbreitungsmöglichkeiten über Rundfunk und Film und durchaus auch die Rede von der »Selbstbestimmung« wurden für Spielarten der *post-truth*-Agitation genutzt. Völkische und cäsaristische Politikmodelle brachen in den gesellschaftlichen Fortschritt ein und obsiegten in vielen Ländern.¹³

Die ersten drei Texte dieses Bandes behandeln diesen Widerspruch. Die Überlegungen, die der italienische Kommunist Antonio Gramsci in den 1930er Jahren zu einer »Philosophie der Praxis« verschriftlichte, analysieren die Rolle der Massen in der Politik. Gramsci, der seine Textfragmente in faschistischer Haft zu Papier brachte, verortete jede Politik in übergreifenden Kollektivprozessen. Für ihn findet Politik nicht dort statt, wo einzelne Bürger mehr oder weniger überzeugende Argumente zum Gang der Welt austauschen; vielmehr ringen unterschiedliche soziale Klassen als Kollektive um die Vormachtstellung, um die – wie Gramsci es ausdrückt – »Hegemonie« ihrer Interessenslagen und ihrer Weltanschauungen.¹⁴ Folgen wir Gramsci, dann handeln die Einzelnen immer als »Massen- oder Kollektivmenschen« im Umfeld eines übergreifenden Parteikampfes.¹⁵ So wird das »Populare« notwendig zum Bezugspunkt. Denn wer Politik betreiben will, richtet sich in der Regel darauf, das Allgemeine zu besetzen und die eigene Weltanschauung schließlich so weit zu verbreiten, dass sie zu einem geteilten Alltagsverstand avanciert. Erst wenn sie vom bloßen Eigeninteresse zum allgemeinen Volksinteresse erhoben ist, erhalten politische Ziele den erforderlichen Druck. Gramsci zeigt, wie dies unter Bedingungen der modernen Gesellschaft stets ein zähes Ringen bleibt. Denn jede Politik startet nicht »from scratch« mit ersten Prinzipien. Die Menschen handeln schon immer unter historischen Bedingungen, die sie nicht selbst bestimmen können. Die Ausdifferenzierung von Staat, Wirtschaft und Kultur bildet ein komplexes und verästeltes System, das Gramsci als »Schützengräben« fassbar

13 Zur Rolle des Volkes im Faschismus jüngst: Michael Wildt, *Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte*, Berlin 2018, S. 23 ff.

14 Siehe die einschlägige Definition: Antonio Gramsci, *Gefängnishefte – kritische Gesamtausgabe*, Hamburg 1991, S. 738.

15 In diesem Band, S. 54. Wem ein Bewusstsein dafür fehlt, wundert sich dann im Nachgang darüber, wer ihm alles Beifall spendet, und hat alles natürlich ganz anders gemeint.

macht.¹⁶ Jede Politik muss sich zunächst dieser Schützengräben vergewissern, wenn sie Veränderungen erreichen will. Dies gilt auch für den Alltagsverstand der Menschen selbst, der ebenso ein verästeltes und »bizarr« zusammengesetztes System darstellt.¹⁷ Dort trafen, so Gramsci, archaische »Elemente des Höhlenmenschen« auf die »Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft«, »engstirnige regionale Vorurteile aller vergangenen historischen Phasen« auf »Intuitionen einer zukünftigen Philosophie, die der weltweit vereinten Menschheit eigen sein wird.«¹⁸ Damit entsteht im Ringen um den Volkswillen eine folgenreiche Möglichkeit: Statt die regressiven Momente anzusprechen, gelte es, um den Alltagsverstand zu kämpfen. Man müsse an den dort auffindbaren »guten Sinn«, den »buon senso«, anknüpfen und von dort aus die eigene »Weltanschauung kohärent machen.«¹⁹ Gerade um den Faschismus zu bekämpfen und ihm seinen Nährboden zu entziehen, plädierte Gramsci für eine populäre Politik: Es gehe darum, »einen intellektuell-moralischen Block zu konstruieren, der den intellektuellen Fortschritt der Masse politisch möglich macht.«²⁰

Leo Löwenthal und Franz L. Neumann beschreiben in ihren Texten eindringlich die Gegenmöglichkeit, die ebenso in der Öffnung der Politik für das Volk angelegt war. Anknüpfend an die frühe Kritische Theorie der Frankfurter Schule fiel ihre Betrachtung wesentlich skeptischer aus. Sie nahmen an, dass die kapitalistische Gesellschaft stets von Entfremdungstendenzen gekennzeichnet sei, die Unzufriedenheit und Frustration hervorrufen. Doch die Basisinstitutionen der kapitalistischen Gesellschaft und die sie tragenden Ideologien verstellten den Blick auf die Ursachen dieser Probleme. Sie beruhten auf einer Triebunterdrückung, die in irrationalen Formen – von verschwörungstheoretischen Deutungsmustern bis zu gefühlsschwangeren Massenversammlungen – ausagiert werde. Die Öffentlichkeit der Zeitungen, Rundfunkempfänger und politischen Parteien, wie sie in den 1920er und 1930er Jahren zu beobachten war, erscheint so in einem anderen Licht. Sie aktivierte

16 Antonio Gramsci, *Gefängnishefte – kritische Gesamtausgabe*, Hamburg 1991, S. 1589.

17 In diesem Band, S. 54.

18 Ebd.

19 Ebd.

20 In diesem Band, S. 64.

nicht nur die Bevölkerung in einem demokratischen Sinne und erleichterte die Bildung von Massenparteien, ebenso schuf sie den Raum für prophetische Volksführer, die »mit den vagen Ängsten und Erwartungen radikaler Veränderungen« spielten.²¹ Löwenthal grenzt diesen Politiktyp von anderen Möglichkeiten politischer Veränderung ab: Weder sei die Agitation darauf gerichtet, die Gesellschaft kleinteilig zu verbessern (Reform) noch das gesellschaftliche Leben vollständig neuen Gesetzen zu unterwerfen (Revolution); eher stehe das Wechselspiel aus individuellem Machterwerb und dem kollektiven Ausagieren von Affekten im Mittelpunkt.²² Löwenthal und Neumann ging es darum, die »historischen Bedingungen festzustellen, unter denen eine regressive Massenbewegung unter einem Caesaren versucht, politische Macht zu erringen«.²³

An dieser frühen Kontroverse wird der eingeführte Widerspruch besonders deutlich: Der Populismus ist eine stets wiederkehrende Begleiterscheinung politischer Ordnungen. Es sind immer wieder Gegenkreisläufe beobachtbar, die »im Namen des Volkes« gegen die Eliten aufbegehren. Dies verschärft sich in der Demokratie. Schließlich wird hier dem Volk die verfassungsgebende Gewalt zugeschrieben. Alle Gewalt geht vom Volke aus, und es bleibt umstritten, wer nun die soziale Basis ist, die die konstituierten Organe legitimiert, worin der Volkswille besteht und durch welche Verfahren er verlässlich zur Geltung gebracht werden kann. Damit – so zeigt es die historische Erfahrung – entsteht auch immer ein Einfallstor dafür, dass eine Inversion eintritt. Dann zielt die Politik im Namen des Volkes nicht mehr darauf, die Macht der Eliten aufzulösen, sondern einen noch dichterem Typ der Herrschaft einzuführen – und das Volk sammelt sich um autoritäre Führungsfiguren, die apokalyptische Zusammenbrüche herbeireden und Erlösung oder Reinigung versprechen.²⁴

21 In diesem Band, S. 69.

22 In diesem Band, S. 71 f.

23 In diesem Band, S. 99; vgl. weiterführend zu populistischen Repräsentationsverständnissen: Paula Diehl, »The Populist Twist. The Relationship Between the Leader and the People in Populism«, in: Johannes Pollak/Dario Castiglione (Hg.), *Creating Political Presence. The New Politics of Democratic Representation*, Chicago 2019, S. 110-137.

24 Vgl. auch die Kritik an »frühbürgerlichen Volksbewegungen«: Max Horkheimer, »Egoismus und Freiheitsbewegung (1936)«, in: ders. (Hg.), *Traditionelle und Kritische Theorie*, Frankfurt am Main 1992, S. 43-122, 57.

I. Populismus in der Geschichte politischer Ordnungen

Insofern muss davon ausgegangen werden, dass es sich beim Populismus weniger um eine distinkte Ideologie im Sinne einer eigensinnigen Denkweise handelt, die zum Bereich der Politik hinzutritt und »für« oder »gegen« die sich einzelne Bürger entscheiden. Folglich ist der Populismus nicht auf einer Ebene mit den gewachsenen Strömungen des Sozialismus, des Liberalismus oder des Konservatismus anzusiedeln, die jeweils auf einer umfassenden Weltanschauung beruhen. Ebenso wenig kann er einfach als politische Idee oder Projekt gelten, wie gegenwärtig etwa »Postwachstum«, »Green New Deal«, »Grundeinkommen« oder »Sozialstaatsreform«; vielmehr ist er als Mechanismus zu verstehen, der die Politik schon immer begleitet hat. Populistische Politikformen spielten in der Geschichte politischer Ordnungen eine wichtige Rolle. Zwar ist der Begriff des Populismus relativ jung und findet in Politik- und Sozialwissenschaft erst systematisch seit den 1960er Jahren Verwendung,²⁵ jedoch sind seine inneren Problemlagen in wissenschaftlicher Forschung und praktischer Politik schon lange ausführlich analysiert worden.

Schon in der griechischen Polis entdeckten die Zeitgenossen im demokratischen Herrschaftstyp, der sich auf das »Volk« der »Viele« stützte, einen Widerspruch. So ging Aristoteles davon aus, dass in diesem Herrschaftstyp »die Freien die Entscheidenden sind«, während in der »Oligarchie« – einer Herrschaft der Wenigen – die »Reichen« bestimmen.²⁶ Der griechische Philosoph beobachtete allerdings auch eine »Art von Demokratie«, wo das Übergewicht der Freien die Möglichkeit für eine Inversion eröffnet. Denn es entsteht dort ein Raum für die Demagogen. Diese »Volksführer« nutzten die Agora und stellten sich an die Spitze der Bewegung, um die eigene Macht zu erweitern, so dass eine Verselbständigung eintritt, die den demokratischen Anspruch unterläuft. Ist das »Entscheidende [...] die Menge [...] und nicht das Gesetz«, dann, so argumentierte Aristoteles, »treten Volksführer auf«.²⁷ Sie lösen ihre

25 Ausführlich dazu siehe unten Abschnitt III.

26 Aristoteles, *Politik*, Stuttgart 1989, Viertes Buch, 1290b; vgl. zum Verhältnis von Volk und Eliten in der athenischen Polis: Josiah Ober, *Rhetoric, Ideology, and the Power of the People*, New Jersey 1989.

27 Ebenda, 1291b

Herrschaftsausübung vom Gesetz und die Demokratie verkehrt sich ab einem bestimmten Punkt in die »Tyrannis«.²⁸

In den Überlieferungen zum Aufstieg und Niedergang der römischen Republik – einem weiteren klassischen Bezugspunkt in der Geschichte politischer Ordnungen – lässt sich eine ähnliche Beobachtung machen. In den Ordnungskämpfen der römischen Republik begann der *plebs* damit, die bisherige Dominanz der Patrizier herauszufordern. Die Überlieferung schildert drei große Auszugs- und Protestbewegungen, die plebejischen Sezessionen in den Jahren 494 v. Chr., 450 v. Chr. und 297 v. Chr.²⁹ Die Plebejer zogen sich auf den heiligen Berg *mons sacer* zurück und bestreikten die Stadt. Auf diese Weise erreichten sie eine institutionelle Anerkennung in der römischen Republik.³⁰ Das von ihnen erkämpfte Tribonat sollte ein Gegengewicht zu Senat und Konsuln bilden. Allerdings schildern die Überlieferungen ebenso, wie es über die Jahrhunderte in die Politik verstrickt wurde. Die Volkstribune nahmen an den Konflikten der römischen Republik teil. Sie bildeten Allianzen und trafen Absprachen, wurden bestochen oder gekauft. Ab 133 v. Chr. formierte sich die Fraktion der »Popularen«, die den Einfluss der »Optimaten« zurückzudrängen versuchte und sich dabei vor allem auf die Volksversammlungen berief. Sie wendete eine »populistische« Mobilisierungsmethode zum Zweck des Machterwerbs an.³¹ Die Konflikte verhärteten sich zusehends und diktatorische Politiktypen gewannen an Einfluss. Insofern lässt sich der Widerspruch auch hier nachvollziehen: Einerseits stellen die Überlieferungen die Ordnungskämpfe der römischen Republik als Garant für eine »gemischte Verfassung« dar.³² Demnach waren es die Kämpfe des *plebs*

28 Ebenda, 1292a.

29 Titus Livius, *Römische Geschichte. Von der Gründung der Stadt an*, Wiesbaden 2009.

30 Albrecht Koschorke u. a., *Der fiktive Staat: Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas*, Frankfurt am Main 2007, S. 21 ff.

31 Lukas Thommen, »Populus, plebs und populares in der römischen Republik«, in: Richard Faber/Frank Unger (Hg.), *Populismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 2008, S. 31-41, 35.

32 Klassisch etwa Machiavelli in seinen *Discorsi*: »Mir scheint, wer die Kämpfe zwischen Adel und Volk verdammt, der verdammt auch die erste Ursache für die Erhaltung der römischen Freiheit. Wer mehr auf den Lärm und das Geschrei solcher Kämpfe sieht als auf ihre gute Wirkung, der bedenkt nicht, dass in jedem Gemeinwesen die Gesinnung des Volkes und der Großen verschieden ist und

und seine Berücksichtigung in der Verfassungsarchitektur, die der römischen Republik zu Stabilität verhelfen. Andererseits zeigen die Überlieferungen immer wieder, wie die Konflikte in der Spätphase der römischen Republik auch autoritäre Tendenzen hervorbrachten, die das alte Rom in den Verfall führten.³³

Im Mittelalter verschoben sich die drängenden Ordnungsfragen in den Bereich des Christentums und der Kirche. Einen Entwicklungsschub, der in der Forschungsliteratur als entscheidender Fortschritt für die schrittweise Herausbildung von Recht und Staatlichkeit erachtet wird, verursachte die katholische Reformbewegung um Papst Gregor VII., der sich zunächst in der päpstlichen Revolution und dem Investiturstreit gegen die weltlichen Herrscher behauptete (1076-1122).³⁴ Ihm gelang es mit Unterstützung der europaweit vernetzten Klöster, der Mönche und der Armen (*pauperes*), das »populus dei«, das Volk Gottes, zu mobilisieren. Das ambitionierte Ziel war, wie Harold J. Berman herausgearbeitet hat, eine »transnationale Revolution«, die »in ganz Europa für die Geistlichkeit unter dem Papst gegen kaiserliche, königliche und feudale Beherrschung« eintrat.³⁵ Die *civitas dei*, die der Kirchenvater Augustinus in seinen Schriften entworfen hatte, sollte auf Erden verwirklicht oder wenigstens eine Annäherung bewirkt werden.³⁶ Gregor VII., der in Anlehnung an seinen ursprünglichen Namen Hildebrand den Spitznamen »Höllensbrand« trug, forderte das Ganze für die Kirche ein. In seinen »Dictatus Papae«, den 21 Leitsätzen der päpstlichen Revolution, beanspruchte er die Kompetenz-Kompetenz für die Kirche und bestand darauf, sowohl die Bischöfe als auch die

dass aus ihrem Widerstreit alle zugunsten der Freiheit erlassenen Gesetze entstehen.« (Niccolò Machiavelli, *Discorsi* (1531), Frankfurt/Leipzig 2000, S. 27 f.)

33 Christian Meier, *Res publica amissa. Eine Studie zur Verfassung und Geschichte der späten römischen Republik*, Frankfurt/M. 1980, S. 148.

34 Brunkhorst, *Critical Theory of Legal Revolutions*, S. 90 ff.; Thornhill, *A Sociology of Constitutions*, S. 25 ff.

35 Harold J. Berman, *Recht und Revolution. Die Bildung der westlichen Rechtstradition*, Frankfurt am Main 1991, S. 50.

36 So heißt es noch heute im »Lumen Gentium«: »Die mit hierarchischen Organen ausgestattete Gesellschaft und der geheimnisvolle Leib Christi, die sichtbare Versammlung und die geistliche Gemeinschaft, die irdische Kirche und die mit himmlischen Gaben beschenkte Kirche sind nicht als zwei verschiedene Größen zu betrachten, sondern bilden eine einzige komplexe Wirklichkeit, die aus menschlichem und göttlichem Element zusammenwächst.« (Kap. 1.8.)

Fürsten ein- und wieder absetzen zu können.³⁷ Im Nachgang des Investiturstreits entdeckten die Gelehrten in den Klöstern und in den ersten Universitäten Europas das römische Recht wieder.³⁸ Aus der Verbindung der christlichen Befreiungslehre mit dem Formalismus des Korporations- und Zivilrechts entwickelten sie eine eigene Kirchenverfassung. Sie setzte ein eigenes innerkirchliches Wechselspiel aus Macht und Gegenmacht in Gang: Im Namen des *populus dei* wird es den immer wiederkehrenden Oppositionsbewegungen möglich, die bestehende Amtskirche in Frage zu stellen, indem sie sich als »wahres« Kirchenvolk stilisieren – sei es als Reform-, Reinigungs- oder Sektenbewegungen. Dies reichte von den Versuchen der Konziliarbewegung, die Amtskirche stärker zu parlamentarisieren und die entscheidende Gewalt vom Papsttum in die beratenden Konzile zu verlegen, bis hin zu revolutionären Bewegungen, die als Volkskirche gänzlich mit der Amtskirche brachen.³⁹ Der Bezugspunkt blieb stets das Kirchenvolk als *ecclesia*, als »Versammlung der Gläubigen«.⁴⁰

Im ausgehenden Mittelalter und in der frühen Neuzeit verweltlichten sich die Bezüge aufs Volk. Die vielfältigen Aufstandsbewegungen in den expandierenden Städten errangen öffentliche Ordnungen, in denen die Bürgerschaft umfassender an der Gesetzgebung teilnahm.⁴¹ Besonders eindrücklich lässt sich dies an den

37 Vgl. grundsätzlich zur Entwicklung der Kirchenverfassung: Tine Stein, »Der Verfassungsbegriff der römisch-katholischen Kirche«, in: Markus Llanque/Daniel Schulz (Hg.), *Verfassungsidee und Verfassungspolitik*, München 2014, S. 379-386; Brian Tierney, *Church Law and Constitutional Thought in the Middle Ages*, London 1979.

38 Brunkhorst, *Critical Theory of Legal Revolutions*, S. III.

39 Brian Tierney, *Foundations of the Conciliar Theory. The Contribution of the Medieval Canonists from Gratian to the Great Schism*, Leiden/New York/Köln 1998; Antony Black, »The Conciliar Movement«, in: J. H. Burns (Hg.), *The Cambridge History of Medieval Political Thought c. 350-c. 1450*, Cambridge 1988, S. 573-587.

40 Eugen Rosenstock-Huussy, »Das Volk Gottes in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft«, in: Andreas Möckel/Karl-Johann Rese (Hg.), *Die Kirche und die Völker*, Koerle 2001, S. 20-39. Ein institutionell orientierter Vermittlungsversuch, in dem die Amtskirche das »Volk Gottes« konstituiert: Joseph Ratzinger, *Volk und Haus Gottes in Augustinus' Lehre von der Kirche (1954)*, Freiburg 2011.

41 Serena Ferente, »Popolo and Law«, in: Quentin Skinner/Richard Bourke (Hg.), *Popular Sovereignty in Historical Perspective*, Cambridge 2016, S. 96-114, 99. Ähnlich: Agnes Heller, *Der Mensch in der Renaissance*, Darmstadt 1982, S. 51; Quentin Skinner, *The Foundations of Modern Political Thought. The Renaissance*, Cam-